



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Corona-Virus und seine Folgen stellt uns alle und unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Wir blicken bangend auf die Infektionskurven, sorgen uns um die Menschen im Einsatz gegen das Virus und um unsere Angehörigen, Freundinnen und Freunde. Gleichzeitig sehen wir enorm viel Zusammenhalt und Hilfe. Ich bin unglaublich beeindruckt davon, mit wie viel Souveränität viele auf diese Krise reagieren und mitanpacken – das ist eine unfassbare Ressource, die mich mit Zuversicht erfüllt, dass wir gemeinsam diese schwierige Situation meistern werden.

In der Krise gilt zugleich mehr denn je: wir können solche Herausforderungen nur gemeinsam lösen. Mit einer Gesellschaft, die hier zu Hause bei uns zusammenhält. Und auch international mit Zusammenarbeit und mit europäischer Solidarität.

Der Bundestag hat bereits in einem historischen Beschluss den Weg für erste Hilfen freigemacht, damit diejenigen unterstützt werden, die von diesem Ausnahmezustand besonders belastet werden. Es war ein starkes Zeichen, dass die fünf demokratischen Fraktionen gemeinsam gehandelt haben und die Bundesregierung auch einige unserer Verbesserungsvorschläge aufgenommen hat. Trotzdem bleiben Lücken, fehlen Maßnahmen und muss nachgesteuert werden – wir werden nicht nachlassen mit konkreten Vorschlägen hier weiter mit der Bundesregierung zu verhandeln und da wo wir in Regierungsverantwortung sind, so schnell und großzügig zu handeln wie nur möglich. Hier in Baden-Württemberg hat die Landesregierung mit einem ganzen Maßnahmenpaket und mit Solidarität, Besonnenheit und Vernunft ebenso Hilfen auf den Weg gebracht. [Eine Übersicht mit den aktuellen Infos, Maßnahmen und Hilfsangeboten des Landes gibt es hier.](#)

Eine Pandemie kennt keine nationalen Grenzen, deshalb muss auch die Antwort darauf international und solidarisch sein. Menschen, die in Staaten leben, die von Konflikten zerstört sind, die keinen Zugang zu sauberem Wasser haben oder die durch das Leben in Flüchtlingslagern keine Chance haben, Abstandsregeln einzuhalten, trifft das Virus mit besonderer Wucht. Wir dürfen die Schwächsten nicht vergessen. Es ist ebenso solidarisch wie vernünftig, jetzt den Menschen zu helfen, die am härtesten von der Krise getroffen werden. Die Minister Maas und Müller sollten nicht nur wolkige Versprechen machen, sondern müssen jetzt handeln. Es braucht dringend mehr Geld und eine beispiellosen

Unterstützung der Vereinten Nationen. [Das habe ich in einem gemeinsamen Papier mit unseren Fraktionsvorsitzenden, unseren Vorsitzenden in der grünen Europafraktion und meinen Kolleginnen und Kollegen im Bundestag deutlich gemacht.](#)

Die Krise erfordert auch entschlossene und gemeinsame europäische Antworten. Wir haben nur eine Chance dieser Pandemie, ihren massiven menschlichen und wirtschaftlichen Folgen zu begegnen, wenn wir mit solidarisch mit unseren Partnern in der EU handeln. Für falsche Widerstände aus hochideologischen Gründen ist da kein Platz, die Bundesregierung spielt deshalb bei ihrer Blockade von Gemeinschaftsanleihen, den sogenannten „Corona-Bonds“ mit dem Feuer. [Das haben grüne Abgeordnete aus Ländern, Bund und Europa diese Woche noch einmal gemeinsam deutlich gemacht.](#)

Die Sorgen und Fragen der Menschen aus Oberschwaben und dem Allgäu, die mich in den letzten Wochen erreicht haben, sind groß und haben für mich oberste Priorität. Jede freie Minute neben einem Politikbetrieb im Ausnahmezustand habe in den letzten Wochen damit verbracht, zumindest einen Teil der vielen Anfragen persönlich zu beantworten - mein Team mit viel Einsatz ebenso. Wie wir unser Gesundheitssystem für diese immense Herausforderung stärken können und diejenigen schützen und unterstützen, die in der Krise unsere Gesellschaft am Laufen halten. Weil Familienangehörige im Ausland festsitzen, weil Angst herrscht, ob der Betrieb nach der Krise noch existiert, weil man gerade alle Rücklagen für Investitionen eingesetzt hat oder in großer Sorge ist, ob man alle Mitarbeiter*innen halten kann. Wer Fragen oder Anregungen hat: bitte nicht zögern und einfach agnieszka.brugger@bundestag.de anschreiben!

Ich wünsche allen trotz der Krise geruhssame Ostertage und dass Ihr/Sie und die Liebsten gesund bleiben!

Mit lieben Grüßen

Agnieszka Brugger



Eindrücke von einer besonderen Bundestagssitzung

Ende März gab es eine sehr außergewöhnliche Sitzung des Bundestages angesichts der sich Corona-Krise. Es ist wichtig, dass auch in dieser krassen Ausnahmezeit unser gewähltes Parlament zusammenkommt, um gemeinsam mit der Regierung in einem ersten Schritt Unterstützung und Hilfe für die besonders belasteten Menschen und extrem betroffene Bereiche in unserer Gesellschaft auf den Weg zu bringen.

Natürlich haben wir eine Reihe von Vorsichts- und Sicherheitsmaßnahmen auf den Weg gebracht, um das Infektionsrisiko zu minimieren. Große Sicherheitsabstände, weniger Nähe, andere Verfahren, weniger Ausschüsse mit kleineren Besetzungen.

Der SWR hat mich zu dieser besonderen Bundestagssitzung befragt. [Hier geht es zum Beitrag.](#)



In der Krise zusammenstehen

Mich hat es zutiefst beeindruckt, mit welcher Haltung viele Menschen in Oberschwaben und im Allgäu gerade dieser Krise begegnen - mit viel Besonnenheit und Zuversicht, gutem Trotz und Solidarität, Kreativität und Tatkraft. Davor kann man sich nur verneigen.

Vielen Dank an dieser Stelle allen, die ganz pragmatisch und mit viel Herz anpacken und helfen. Im Gesundheitsbereich, bei der Lebensmittelversorgung, im Energiebereich, bei der Abfallwirtschaft, bei der Produktion wichtiger Schutzgüter oder in der sozialen Arbeit und Betreuung von Menschen, die besondere Hilfe brauchen. Und vielen Dank an alle, die ihren Nachbarinnen und Nachbarn helfen und großartige Angebote auf die Beine gestellt haben.

Auf meiner Homepage versuchen wir einen ersten Überblick über die vielen verschiedenen Hilfsangebote - von der Telefonseelsorge bis zur Nachbarschaftshilfe - zu geben. Wir freuen uns natürlich auch über neue Hinweise für praktisch gelebte Solidarität und nehmen sie gerne auf. [Hier geht es zur Übersicht.](#)



Ein globales Hilfspaket gegen die Pandemie

Eine Pandemie kennt keine nationalen Grenzen, deshalb muss die Antwort international und solidarisch sein. Wir dürfen die Schwächsten nicht vergessen und sorgen so auch dafür, dass die massiven gesundheitlich und wirtschaftlich verheerenden Folgen weltweit und auch für uns geringer werden.

Es ist ebenso solidarisch wie vernünftig, jetzt den Menschen zu helfen, die am härtesten von der Krise getroffen werden. Die Minister Maas und Müller sollten nicht nur wolkige Versprechen machen, sondern müssen jetzt handeln mit mehr Geld und einer beispiellosen Unterstützung der Vereinten Nationen.

Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen habe ich ein AutorInnen-Papier zur internationalen Solidarität angesichts Corona geschrieben.

[Hier geht es zum gesamten Papier.](#) Und [hier zur Berichterstattung darüber auf Spiegel Online.](#)



Menschen in Flüchtlingslagern schnell helfen

Auf den griechischen Inseln geht es nicht mehr allein darum, eine humanitäre Katastrophe zu beenden, sondern auch einer verheerenden Ausbreitung des Corona-Virus zu verhindern. Über 40.000 Menschen müssen in den sogenannten Hotspots unter menschenunwürdigen Bedingungen ausharren. Die Lager sind maßlos überbelegt, es mangelt an Nahrung, an Wasser und Strom und gerade in dieser Ausnahmesituation besonders fatal: an Sanitäreinrichtungen und einer ausreichenden medizinischen Versorgung.

Deshalb müssen die Menschen nun dringend evakuiert werden. Es ist gut, dass die Bundesregierung endlich erste Aufnahmen angekündigt hat. Das darf aber erst der Anfang sein. Europäische Solidarität darf vor den Menschen an unseren Außengrenzen nicht Halt machen - das haben so viele Menschen, Kommunen, Landesregierungen gefordert und selbst angeboten. Wir werden nicht müde werden, das einzufordern, bis es endlich passiert. [Hier geht es zur Petition #LeaveNoOneBehind, die genau das tut.](#)



Vielen Dank an Helferinnen und Helfer in den Sicherheitsbehörden

Wie viele in unserer Gesellschaft haben auch die Menschen in den Sicherheitsbehörden und die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr ganz selbstverständlich mit angepackt, um die schlimmsten Auswirkungen der Krise bei uns im Land zu mindern. Mit medizinischem Personal, Hilfe bei Transport und Unterstützung bei der Versorgung haben sie entlang der Vorgaben des Grundgesetzes im Rahmen der Amtshilfe pragmatisch geholfen.

Es ist jetzt nicht die Zeit, hochideologische Debatten über den Einsatz der Bundeswehr im Inneren zu starten, wir sind mit den Regelungen des Grundgesetzes sehr klug aufgestellt und Verteidigungsministerin und Bundeswehrführung haben sich bisher zum Glück auch sehr besonnen geäußert.



In eigener Sache: Stellenausschreibung für mein Berliner Büro

Händchen für Pressearbeit und Social Media? Lust, Außen- und Sicherheitspolitik grüner zu machen und die Arbeit im besten Arbeitskreis der Grünen im Bundestag mitzukoordinieren? Ich suche ab Juli Unterstützung für mein Bundestagsbüro.

[Hier geht es zur Ausschreibung für eine*n Wissenschaftliche*n Mitarbeiter*in mit Schwerpunkt Social Media und Pressearbeit.](#) Bewerbungsschluss ist der 14. April.

Foto: Florian Freundt



In der Krise braucht es eine europäische Pandemiewirtschaft

Viele Unternehmerinnen und Unternehmer helfen schon jetzt mit pragmatischen und kreativen Ideen dabei, dass sehr schnell mehr medizinische Schutzausrüstung produziert wird. Die Bundesregierung muss hier aber besser koordinieren und die Unternehmen unterstützen.

Wir haben in einer Gruppe von Grünen dazu einen Aufruf für eine europäische Pandemiewirtschaft geschrieben. [Hier geht es zum ganzen Papier.](#)



Im Tagesgespräch mit SWR 2: eine globale Pandemie braucht globale Solidarität

Gerade finden viele internationale Gipfel digital statt. Das ist richtig so.

Fortsetzung auf der nächsten Seite



Bundeswehreinsatz im Irak und über Syrien: Koalition der Willigen ist eine gefährliche und falsche Antwort

In der letzten Sitzung des Bundestages stand natürlich die Corona-Krise im Vordergrund. Es ging aber auch um die schwierige Situation der Menschen im Irak und den Bundeswehreinsatz dort. Die Corona-Krise trifft das Land besonders hart. Die Regierung kann sich in Teilen des Landes nicht durchsetzen, die Sicherheitskräfte schießen regelmäßig auf Demonstrant*innen. Der Irak braucht Unterstützung. Aber die darf nicht in Form einer Koalition der Willigen erfolgen, wie das Mandat für den Bundeswehreinsatz im Irak und über Syrien, über das wir abgestimmt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat in einer historischen Entscheidung betont, dass Bundeswehreinsätze nicht in losen Staatenkoalitionen stattfinden dürfen. Denn auch wenn sie ihren Ansprüchen nicht immer gerecht werden, versuchen Systeme kollektiver Sicherheit wie die Vereinten Nationen, die NATO und die EU immer einen politischen Rahmen zu bilden und schlussendlich Frieden zu sichern.

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Die Ministerinnen und Minister der Bundesregierung sollten dort aber nicht nur schöne Worte finden, sondern müssen internationale Zusammenarbeit konkret machen.

Das bedeutet Solidarität mit den Staaten im Globalen Süden, deren Menschen von der Pandemie in besonderer Härte getroffen werden. Und das bedeutet europäische Zusammenarbeit ohne ideologische Scheuklappen.

[Darüber habe ich im Tagesgespräch mit SWR2 gesprochen.](#)

Foto: Grüne Rems-Murr

Lose Staatenbünde voller nationaler Eigeninteressen verschlimmern dagegen die Lage in den Krisenregionen allzu oft. Gerade im Irak war hier die Koalition der Willigen viel zu oft eine Koalition der Widersprüchlichen.

[Das habe ich in meiner Rede deutlich gemacht und erklärt, warum wir Grüne das Mandat ablehnen.](#) Denn ohne politischen Rahmen kann eine Reform der Sicherheitskräfte nicht gelingen.

[Auf Twitter folgen](#) | [Auf Facebook](#) | [Auf Instagram](#)

Sie wollen sich austragen? Kurze Mail an agnieszka.brugger@bundestag.de genügt